

Ein Industrial Deal für Europa - Eine europäische Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Positionen zur Europawahl 2024

Die Transformation der Wirtschaft Europas mit dem Ziel, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Zirkularität voranzubringen, begrüßen wir. Gleichwohl hat die Politik des „Green Deal“ der Europäischen Kommission grundlegende Versprechen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung Europas und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in großer Zahl bisher nicht eingelöst. Der „Green Deal“ bedarf daher einer Kurskorrektur und einer Ergänzung um eine wirtschaftliche Wachstumsagenda. Insbesondere Europas Industrie hat in den vergangenen vier Jahren international erheblich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Das ist deutlich erkennbar an der Verlagerung energieintensiver Produktion sowie von industrieller Forschung und Entwicklung in andere Teile der Welt. In der Folge verliert Europa in vielen Regionen Teile wichtiger Wertschöpfungsketten sowie gut bezahlte und sichere Industriearbeitsplätze in großer Zahl. Zu den betroffenen industriellen Wertschöpfungsketten zählt die Kunststoffindustrie, darunter auch die mittelständisch geprägte Kunststoff verarbeitende Industrie. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Deutschland, leiden unter strukturellen wirtschaftlichen Problemen, zu denen Fehlentwicklungen der Politik des „Green Deal“ beitragen. **Wir stellen fest:**

1. **Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze** entstehen durch echte Wertschöpfung auf Grundlage international wettbewerbsfähiger Produkte und nicht durch zusätzliche Bürokratie. Ein Aufbau von Arbeitsplätzen im Overhead, der in den Unternehmen infolge des beträchtlichen zusätzlichen Erfüllungsaufwands neuer Rechtsvorschriften erforderlich wird, verteuert Produkte und Dienstleistungen und schwächt die Position europäischer Unternehmen am Weltmarkt.
2. Innovationen entstehen durch **Nachfrage von Kunden** in Verbindung mit **Forschung und Entwicklung** in den Unternehmen, nicht durch ein Übermaß an sie behindernden Regulierungen. Zudem braucht es ein Ende der Materialdiskriminierung und deutlich mehr Technologieoffenheit, so dass sich die besten und nachhaltigsten Produkte in einem fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerb durchsetzen können.
3. **Ein einheitlicher Binnenmarkt** stärkt die heimische Wirtschaft und Industrie. Der enorme Zuwachs an neuen europäischen Rechtsvorschriften für die Wirtschaft hat in den vergangenen vier Jahren aber zu einer Schwächung des EU-Binnenmarkts geführt. Viele Vorschriften werden den Mitgliedstaaten in Form von Richtlinien zur Umsetzung in nationales Recht aufgegeben. Das führt häufig zu uneinheitlichen und überschießenden Umsetzungen, was einem einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum zuwiderläuft und Unternehmen zusätzlich belastet. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum mehr in der Lage, die über sie hereinbrechende Flut neuer Vorschriften – europäisch wie dann national – zu übersehen und umzusetzen.
4. Eine Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit gelingt nur mit **Innovationen und Investitionen der Unternehmen**. Diese werden jedoch in ihrer Innovationskraft durch eine Vielzahl von Detailvorschriften gehemmt, mit denen Kommission, Parlament und Rat eigentlich die Transformationsprozesse der Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit zu steuern versuchen. Die vielen neuen europäischen Rechtsnormen behindern so Fortschritte für Klima- und Umweltschutz und vergrößern das Risiko einer Verlagerung von Klima- und

Umweltproblemen in andere Weltregionen. Dazu kommt, dass europäische Kontrollenmechanismen, bspw. in Bezug auf Umwelt- und Verbraucherschutz, bei ausländischen Produkten häufig nicht greifen – Stichwort Spielzeugeinführen. Auf der anderen Seite wird europäischen Unternehmen immer mehr Regulierung aufgebürdet, wodurch Investitionen und weitere Ressourcen in klimafreundliche Technologien fehlen.

Die begonnene Transformation zu mehr Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Zirkularität wird nur gelingen, wenn Kommission, Rat und Parlament angesichts der Fehlentwicklungen bereit zu Anpassungen sind. Wird die bisherige Politik des „Green Deal“ ohne Kurskorrektur und Ergänzung durch eine Wachstumsagenda für die Wirtschaft fortgesetzt, drohen ein weiterer Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit Europas, eine stark zunehmende Verschuldung der Mitgliedstaaten, größere Armutsrisiken, Gefahren für den sozialen Frieden sowie, eng damit verbunden, Risiken für die internationale Sicherheitsordnung. Hiervor warnen wir eindringlich. **Vor diesem Eindruck fordern wir:**

1. **Einen Industrial Deal als Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes.** Der Industrial Deal dient der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Mittelstand. Dabei baut Europa auf seinen traditionellen Stärken auf: Den größten zusammenhängenden Binnenmarkt der Welt und eine vielfältig aufgestellte Wirtschaft, die auch von Industrie und kleinen und mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes geprägt ist. Europa darf im internationalen Vergleich bei der Bürokratiebelastung, der Geschwindigkeit von Verwaltungsverfahren und der Qualität der öffentlichen Infrastrukturen nicht schlechter abschneiden als andere Industrienationen.
2. Dass die Kommission bei sämtlichen Initiativen konsequent darauf achtet, dass diese die **Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarkts** fördern. Mitgliedstaaten sollen dementsprechend angehalten werden, ebenso konsequent auf nationale Sonderwege zu verzichten, die den gemeinsamen Binnenmarkt unterlaufen. Eine stärkere Integration des Binnenmarktes ist erforderlich, insbesondere auf den Gebieten Energieerzeugung und digitale Infrastrukturen. Zudem muss die Kommission die Chancen, die neue Freihandelsabkommen für Europa und den Welthandel bieten, konsequent erschließen.
3. Eine konsequente Senkung der **Bürokratiebelastung** der Unternehmen durch europäische Rechtsvorschriften in den kommenden fünf Jahren. Es ist zwingend erforderlich, dass mindestens die Hälfte aller europäischen Rechtsnormen innerhalb der nächsten Wahlperiode des Europaparlaments abgeschafft werden. Neue Gesetze, Richtlinien, Verordnungen bzw. delegierte Rechtsakte der EU und des Bundes sollen künftig im Regelfall nur noch fünf Jahre gültig sein.
4. Dass Kommission, Parlament und Rat zum Grundsatz der **Technologieoffenheit und Diskriminierungsfreiheit unterschiedlicher Werkstoffe** zurückkehren. Die Kunststoffindustrie kann durch ihre Innovationskraft zum Gelingen der wichtigen Transformationen zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit beitragen, das zeigen Produktinnovationen u.a. bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien, in Leichtbau und Mobilität, bei Klimaschutz und Energieeffizienz im Gebäudesektor, in der modernen Medizintechnik und bei der Vermeidung von Food Waste. Wir setzen auf die **Diversität** Europas als Ausgangspunkt für Innovationen. Die Kunststoffindustrie in Europa ist seit Jahren Garant für gut bezahlte und sichere Industriearbeitsplätze in Europa und dadurch auch ein wichtiger Teil der Integration von Neubürgern mittels Teilhabe durch Arbeit.
5. Eine **risikobasierte Chemikalienregulierung** und ein Verzicht auf pauschale Verbote – auch zum Schutz europäischer Produktions-, Forschungs- und Entwicklungsstandorte. Die Kunststoffindustrie engagiert sich schon heute kontinuierlich für umweltverträgliche und sichere Produkte sowie weniger Emissionen gesundheitsgefährdender Stoffe in die Umwelt. Daher unterstützen wir generell das Ziel, einzelne Stoffe mit unkontrollierbaren Risiken angemessen zu regulieren, bei

beherrschbaren Risiken aber keine Beschränkungen zuzulassen. Um den Verbraucher- und Umweltschutz durchzusetzen, braucht es gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer. Verstöße gegen Umwelt- oder Sicherheitsauflagen müssen konsequent überwacht und erkannt werden – insbesondere an den Außengrenzen, aber auch innerhalb der EU.

Der „Green Deal“ muss mit einem Industrial Deal um eine Agenda des Aufschwungs ergänzt werden. Diese Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes bietet die Chance, dass Wohlstand, sozialer Frieden und Sicherheit in Europa erhalten werden.

Berlin, 09. April 2024

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. (GKV) ist die Spitzenorganisation der deutschen Kunststoff verarbeitenden Industrie. Als Dachverband bündelt und vertritt er die gemeinsamen Interessen seiner Trägerverbände und agiert dabei als Sprachrohr gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Die Kunststoff verarbeitende Industrie ist mit einem Jahresumsatz von etwa 72,5 Mrd. Euro und 319.264 Beschäftigten in über 2.997 Betrieben einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die vorwiegend mittelständisch geprägte Branche zeichnet sich durch hohe Innovationskraft und eine vielfältige Produktpalette aus. Kunststoffe werden zu Verpackungen, Baubedarfsartikeln, technischen Teilen, Halbzeugen, Konsumwaren und vielen anderen Produkten verarbeitet.

Kontakt:

Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V. (GKV)
Gertraudenstraße 20
10178 Berlin
Telefon: +49 (0) 30 3971 2230
E-Mail: info@gkv.de
www.gkv.de